Einbruchschutz – wie weit soll und muss der Bürger vorsorgen?

25.10.2012

Am 28. Oktober 2012 findet in ganz Deutschland der Tag des Einbruchschutzes statt, medial begleitet von vielen politisch und polizeilich Verantwortlichen in Bund und Ländern. Nun bieten gesamtgesellschaftliche oder polizeiliche Prävention hervorragende Möglichkeiten, den Bürger und sein Eigentum zu schützen.

Hierunter fallen sicherlich auch die kostenfreien sicherheitstechnischen Beratungen, die unsere Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen anbieten und bei denen dem interessierten Wohnungs- oder Hauseigentümer die Sicherheitsaspekte rund um die Immobilie erläutert werden. Diese Möglichkeit besteht übrigens immer werktäglich zur gewöhnlichen Bürozeit.

Als BDK-Landesverband nehmen wir diese Aktion zum Anlass, auch ein paar kritische Worte zur polizeilichen Prävention anzubringen und Besorgnis erregende Trends aufzuzeigen. Im Bundesdurchschnitt steigen die Fallzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik bei den Wohnungseinbrüchen zum Teil enorm an, die polizeiliche Reaktion erschöpft sich größtenteils in der Abhaltung eines Tages oder einer Woche des Einbruchschutzes. Daneben werden die Personalkörper reduziert, eine – gerade vom BDK geforderte – kriminalwissenschaftliche und fachlich exzellente Aus- und Fortbildung der Kriminalpolizei findet nur in wenigen Bundesländern statt, nicht aber im Nordosten Deutschlands. Die Verantwortlichen scheinen diese Probleme auch erkannt zu haben, denn seit einigen Jahren wird gerade in die polizeiliche Prävention investiert. Nur die Umsetzung bleibt schwierig.

Bewährte vorbeugende Erfolgsrezepte wie eine tatsächliche Streifentätigkeit per Kraftfahrzeug oder zu Fuß, ausreichende Kontrollgänge der Kontaktbereichsbeamten oder Präventionshinweise durch ermittelnde Kriminalisten im Rahmen ihrer Dienstdurchführung können oder werden wegen fehlenden Personals nicht mehr umgesetzt. Der Streifenbeamte hetzt nur noch von einem Einsatzort zum anderen, an eine Streifentätigkeit ist nicht mehr zu denken, selbst der Präsenzcharakter schwindet. Die Kontaktbereichsbeamten werden mit anderen, zusätzlichen Aufgaben überzogen und der Kriminalermittler kann kaum noch sein Büro verlassen, weil die Aktenberge sich zunehmend türmen.

Diese Mangelerscheinungen sollen die Präventionsberater ausgleichen. Und das, von Oben oft vorgegeben, mit Projekten und Maßnahmen mit Eventcharakter. Das verschafft den Verantwortlichen einen öffentlichen Auftritt und soll das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger heben. Und dann nehmen wir den Bürger auch gleich selbst in die Pflicht. Da wir als Polizei zunehmend weniger in der Lage sind, für ausreichenden Schutz zu sorgen, soll es doch der Bürger selbst machen.

Wir sehen das als verhängnisvolle Entwicklung an. Es muss endlich ein Umdenken einsetzen. Ausreichende Sicherheit der Bürger und ihres Eigentums bieten aus unserer Sicht eine erfolgreiche Repression, die nur mit motivierten und gut ausgebildeten Kriminalisten funktioniert sowie die Vorbeugung durch alle Mitarbeiter der Landespolizei im Zuge ihres täglichen Dienstes ohne den Druck von Zielvorgaben. Darüber hinaus muss die polizeiliche Prävention nicht immer Initiator und Anschieber sein, sie gehört eingebettet in das Konstrukt der gesamtgesellschaftlichen Vorbeugung.

Schlagwörter
Mecklenburg-Vorpommern
diesen Inhalt herunterladen: PDF